

Aus Frust über die Politik: Bürger begehren jetzt auf

Großer Unmut über abgehobene Politik

Die Bürger wollen ernst genommen werden: Eine breite, große Demokratiebewegung ist im Entstehen. Der Anstoß dafür geht von Salzburg aus.



Der Tahrir-Platz in Kairo (Ägypten):
Eindrucksvolle
Demokratiebewegungen in den
arabischen Ländern – auch bei uns
entwickelt sich ein Bürgeraufstand.
Das Ziel: die Bürger haben Anliegen
und wollen ernst genommen werden.
Foto: Magnus Manske

Harter Kern der Akteure sind vier ehemalige Salzburger Politiker: Christian Burtscher, erster Grünen-Abgeordneter in Salzburg, Wolfgang Radlegger, ehemaliger Salzburger SPÖ-Chef und SPÖ-Landesvize, Wolfgang Gmachi, früherer ÖVP-Landtagsabgeordneter und Wirtschaftskammer-Direktor, und Ricky Veichtlbauer, ehemalige SPÖ-Klubvorsitzende im Landtag. Es gibt bereits ein ausgearbeitetes Konzept: Ein Demokratie-Begehren ist angedacht, das nach dem Bildungs-Begehren gestartet werden soll. Damit in die Öffentlichkeit gehen will man aber erst, wenn feststeht, „dass es eine so breite, große Initiative wird, dass die Politiker gezwungen sind, auf die Forderungen der Bürger einzugehen“, so Burtscher, der maßgeblich daran gearbeitet hat. Ob der Demokratie-Initialfunke gezündet wird, soll Ende September feststehen. Aber auch bei den schon sehr zahlreich aktiven Bürgerinitiativen tut sich viel: Die bisher hauptsächlich in Wien agierende „Aktion 21 – Pro Bürgerbeteiligung“ setzt sich für eine bundesweite Vernetzung aller in Österreich tätigen Bürgerinitiativen ein. Ein erstes Treffen ist an diesem Wochenende in Salzburg angesetzt.

„In Syrien und in Libyen lassen sich die jungen Menschen für die Demokratie massakrieren – auch bei uns müssen wir für die Demokratie kämpfen, bevor sich die Menschen aus lauter Frust über die derzeitigen, höchst unerfreulichen politischen Zustände komplett von der Politik abwenden“, beschreibt Burtscher die Stimmung.

Demokratiebewegung auch bei uns

Bürger werden aktiv und fordern Reformen, bevor sich die Menschen komplett von der Politik abwenden. Bürger, die nicht nur jammern, sondern gegen den immer größeren Politfrust etwas unternehmen wollen: Eine große, breite Demokratie-Initiative soll die Politiker zwingen, die Anliegen der Bürger endlich ernst zu nehmen.

Christian Burtscher, einer der Gründer der Grün-alternativen Bewegung in den 1980er Jahren, gibt sich, was das geplante Demokratie-Projekt betrifft, noch vorsichtig. Ein Exposé, wie eine Demokratie-Initiative entstehen und umgesetzt werden soll, hat er aber bereits fertiggestellt. Details will er jedoch erst bekannt-geben, wenn feststeht, „dass wir es auch tatsächlich anpacken“. Bis Ende September soll das entschieden sein. Eines steht für den Grün-Bewegten der ersten Stunde allerdings fest: „Wenn das tatsächlich umgesetzt wird, dann wird das das politische Leben komplett verändern – wo in der Politik nichts mehr so sein wird, wie es jetzt ist.“

Idee entstand bei Kaffeehausrunde

Entstanden ist die Idee dafür im Café Bazar. Bei einer samstäglichem, frühmorgendlichen Kaffeehausrunde, zu der sich die vier Salzburger Ex-Politiker seit einiger Zeit trafen. „Jedesmal nach Lektüre der Samstag-Zeitungen hat es das Gejammere gegeben, dass man sich schon wieder über die Politik ärgern muss“, schildert Wolfgang Radlegger, der in seinem vor kurzem erschienenen Buch „Vom Stillstand zum Widerstand“ mit den politischen Zuständen in Österreich abrechnet. „Bis dann der Entschluss gefasst wurde: nur jammern hilft nichts, man muss auch etwas tun.“

Und was sich in den Kaffeehausrunden der vier ehemaligen Salzburger Polit-Granden, Burtscher, Radlegger, Gmachl und Veichtlbauer anbahnt, zeichnet sich bereits ab: eine Demokratie-Initiative, die den Ausgangspunkt in Salzburg hat, die aber, wie Burtscher betont, weit über Salzburg hinausgehen wird. Und die, wie ihm das vorschwebt, von so breiter Basis sein wird, „dass die Politiker gezwungen sein werden, darauf einzugehen“.

Und die vor allem eines erreichen will: Eine Politik, bei der nicht von oben herab Politik gemacht und über die Bürger drübergefahren wird, sondern eine, bei der die Bürger mit ihren Anliegen ernst genommen werden.



Burtscher: Konzept für eine große Demokratie-Initiative.

Foto: privat



Radlegger: Rechnet mit der derzeitigen Politik ab.

Foto: Privat



Foidl: „Die Stimmung wird aggressiver, vor allem bei jungen Menschen.“ Foto: Privat



Wessely: Österreichweite Vernetzung der Bürgerinitiativen.

Foto: Privat

Plattform für kritische Bürger

Aber nicht nur in Salzburg regt sich etwas, was Bürgerbeteiligung betrifft. Die bisher hauptsächlich in Wien agierende „Aktion 21 – Pro Bürgerbeteiligung“ setzt sich für eine bundesweite Vernetzung aller in Österreich tätigen Bürgerinitiativen ein. Eine Plattform für kritische Bürgerinnen und Bürger für ganz Österreich soll entstehen. Ein erstes Treffen dazu wurde, um den Bundesländern entgegenzukommen, in Salzburg festgesetzt (an diesem Samstag, 17. September, in Grödig im Hotel Untersberg, ab 11 Uhr). Dass die Bürger endlich ernst genommen werden wollen, stellt auch die Sprecherin der „Aktion 21“, Herta Wessely, fest:

„Wenn man sich ansieht, wie über die Bürger drübergefahren wird, und welches Sittenbild die Politik bietet, ist das auch gar nicht verwunderlich. Dass Bürger Anliegen vorbringen – und die Bürger haben Anliegen und oft auch brauchbare Lösungsvorschläge –, die Politiker aber gar nicht interessiert daran sind. Die Korruptionsfälle, die im Raum stehen, wo Politiker staatsnahe Betriebe als Selbstbedienungsläden betrachten, für Dinge, bei denen man sich fragt: ‚... und was war die Leistung?‘“

Ziel der österreichweiten Plattform sei es, die Politik dazu zu bringen, mehr Bürgerbeteiligung zuzulassen und auch gesetzlich zu verankern. Eine Internetseite gibt es bereits, auf welche die Bürgerinitiativen ihre Anliegen stellen können: www.aktion21.at

Bürgerbeteiligungsmodell für Salzburg

Für das bereits bis ins Detail ausgearbeitete Bürgerbeteiligungs-Modell für die Stadt Salzburg interessieren sich mittlerweile auch Initiativen in anderen Bundesländern, in Vorarlberg zum Beispiel. Es handelt sich dabei um ein mehrstufiges Modell, in dem festgehalten ist, dass es, wenn die Bürger mit ihren Anliegen nicht durchkommen, eine verbindliche Bürgerabstimmung geben muss.

Federführend dabei ein Urgestein der Salzburger Bürgerkämpfer, Richard Hörl, sowie Hörls Mitstreiter Hannes Augustin und Wilfried Rogler, die sich wie Hörl als zähe Kämpfer für die Grünlanddeklaration erwiesen haben. In Salzburg artete die Debatte darüber allerdings in ein ziemliches Parteien-Hickhack aus – die Verhandlungen wurden unterbrochen, im Herbst soll aber weiterverhandelt werden.

Hannes Augustin sieht darin nicht nur eine Chance für eine immer vehementer geforderte Bürgerbeteiligung: „Es ist auch die Chance für die Politik, wieder näher an die Bürger heranzukommen.“

Unmut der Bürger wächst

Dass der Unmut der Bürger wächst und die Stimmung aggressiver wird, vor allem unter den Jungen, das berichtet auch Trixi Foidl von der 380-kV-Kabelinitiative – ein Zusammenschluss mehrerer Bürgerinitiativen, die sich gegen das von der Verbund-APG geplante Freileitungs-Hochspannungsprojekt zur Wehr setzen. Bei den regelmäßigen Treffen der 380-kV-Kabelinitiative würden immer mehr Interessierte teilnehmen, die nicht unmittelbar Betroffene sind, die sich aber Sorgen machen und die Angst um ihre Gesundheit, vor allem die ihrer Kinder, haben. „Junge Leute, die es nicht hinnehmen, dass man sich über ihre gesundheitlichen Sorgen einfach hinwegsetzt und die sich das nicht mehr gefallen lassen.“ Und bei denen die Politiker, wie auch aktuelle Umfragen zeigen, in punkto Glaubwürdigkeit untendurch sind. Was der Eugendorfer Kabelkämpferin besonders auffällt: „Es ist schon sehr fragwürdig, wenn Politiker die Demokratiebewegungen in den nordafrikanischen Ländern und im Nahen Osten befürworten, bei uns ganz normalen Bürgern aber nicht einmal richtig zuhören.“
Brigitte Gappmair

Vom Stillstand zum Widerstand

Wolfgang Radlegger, früherer SPÖ-Parteivorsitzender in Salzburg und SPÖ-Landesvize versteht sein Buch als Katalysator für ein Bürgerbegehren. Vieles, was zu tun ist, hat er in seinem Buch auch festgehalten: Es brauche Politiker an der Spitze, die mutige, kritische Persönlichkeiten seien, nicht farblos und in allen Bereichen belanglos auftretende Parteichefs wie der derzeitige SPÖ-Frontmann Faymann, aber auch ÖVP-Vizekanzler Spindelegger. Und es brauche Politiker im Parlament, die sich nicht als Vollzugsorgan der Regierung verstünden. Und, so Radlegger in einem Profil-Interview: „Es gibt mittlerweile eine Gruppe von Menschen, die politischen Sachverstand haben, aber außerhalb der Politik stehen und sagen: man muss etwas unternehmen.“

Vom Stillstand zum Widerstand

Brandstätter Verlag, 112 Seiten, 14,90 Euro

Der Link zum Artikel: <http://www.salzburger-fenster.at/redaktionell/3408-aus-frust-ueber-die-politik-buerger-begehren-jetzt-auf.html>